

Das Bündnis für Arbeit hat eine zentrale Funktion
für die Regierung Schröder

Die Modernisierungsmaschine

Manuel Fröhlich

In seiner Regierungserklärung hat Bundeskanzler Gerhard Schröder ganz bewusst keine großen Visionen formuliert und gleichzeitig deutliche Kontinuitätsakzente gesetzt. Hin und wieder schimmerten jedoch Hinweise auf den Anspruch eines neuen Politikverständnisses durch, das in den ersten Monaten seiner Amtszeit Konturen angenommen hat. Dieses neue Politikverständnis ist annäherungsweise mit den Schlagworten „Neue Mitte“ und „Dritter Weg“ etikettiert worden. Doch ähnlich wie bei Schröders Weggefährten Tony Blair und Bill Clinton steht die politische Kartographie etwas hilflos vor der eindeutigen Lokalisierung dieses neuen Weges. Dies liegt daran, dass er sich weniger über substantielle Kriterien und definitive Inhalte als vielmehr über prozedurale Abläufe und eine spezielle Art, Politik „zu machen“, kennzeichnen lässt. Orientierung verspricht deshalb der Blick auf das politische Projekt, das Schröder selbst zur „Metapher“ seiner Regierungspolitik erklärt hat: das Bündnis für Arbeit.

Am Bündnis, das ursprünglich auf Gewerkschaftsinitiative zurückgeht und in vergleichbarer Form auch in anderen sozialdemokratisch regierten Ländern existiert, lässt sich beispielhaft das neue Politik- und Staatsverständnis der Regierung Schröder

festmachen. Seine strategische Bedeutung für die Regierung ist kaum zu unterschätzen, da im Bündnis Kernfragen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels der Bundesrepublik thematisiert werden: Inwiefern wird es helfen, die Handlungsbarrieren für effektive Reformen in der Bundesrepublik aufzubrechen und damit den Erfolg der als Reform-Regierung angetretenen Koalition unter Beweis zu stellen? Und: Welches neue Staats- und Politikverständnis steht hinter der Konzeption des Bündnisses? Politik und im Speziellen politische Führung hat Schröder in seiner Regierungserklärung als „modernes Chancenmanagement“ beschrieben. Solch „moderne“ Begrifflichkeit kreist um die Thesen des Dritten Weges zur zukünftigen Rolle des Staates. Wenn dieser – nach den Worten seines intellektuellen Wegbereiters Anthony Giddens – zwischen alter Sozialdemokratie und dem Neoliberalismus verläuft, dann führt er hinsichtlich des Staatsverständnisses zwischen sozialistischem Big Government und der Minimalvorstellung eines Nachtwächterstaates hin zu einer Zielvorstellung, die sowohl bei Giddens als auch bei Schröder „aktivierender Staat“ heißt. Ein aktivierender Staat ist ein Staat, der nicht rudert, sondern steuert (wie es im Schröder-Blair-Papier heißt), ein Staat, der nicht nur fördert,

sondern auch fordert (wie es auch im Beschluss des letzten SPD-Parteitages steht), und schließlich ein Staat, den die Bürger nicht vor der Nase, sondern an ihrer Seite haben sollen – wie es wortgleich bei Clinton, Blair und Schröder heißt. Diese griffigen Formeln haben vor allen Dingen in der Sozialpolitik ganz konkrete Auswirkungen: Der aktivierende Staat sieht seine Aufgabe nicht mehr darin, primär Sozialhilfe zu leisten, sondern eher darin, als „Sozialinvestor“ tätig zu werden und „positive Wohlfahrt“ – kurz Hilfe zur Selbsthilfe – zu leisten. Das Stichwort des „Sozialinvestors“ illustriert dabei besonders deutlich die Ökonomisierung der politischen Kategorien, die mit einem solchermaßen verstandenen „aktivierenden Staat“ einhergeht. Bodo Hombach, der im Wahlkampf für die konzeptionelle Ausgestaltung des aktivierenden Staates zuständig war, hat in Verlängerung dieser Argumentation die Regierung mit einer Konzernzentrale verglichen, und Schröder hat gelegentlich von der Deutschland-AG gesprochen. Diese Ökonomisierung der politischen Kategorien unter einem – vom Kanzler selbst so benannten – „Primat der Ökonomie“ ist gerade innerhalb der deutschen Sozialdemokratie noch kontrovers. Und so hat Schröder etwa in einem Brief an Herbert Mai noch während des Wahlkampfes eine etwas mildere Beschreibung des aktivierenden Staates geliefert: „Der Staat ist kein Unternehmen, das auf die Erwirtschaftung von Gewinn abzielt; aber er sollte ein Dienstleistungsbetrieb sein, dem der Bürger Kunde ist und nicht Gewaltunterworfenener.“

Managementvokabular

Dem aktivierenden Staat hat der Kanzler jüngst in einem Beitrag für die *Süddeutsche Zeitung* sein Konzept einer „zivilen Bürger-

gesellschaft“ zur Seite gestellt. Diese realisiere ihr Potenzial eigenverantwortlich und entlaste den Staat von überbordenden Aufgaben, die auch ohne politische Vorgabe organisiert werden könnten. Leitvorstellung von Schröders ziviler Bürgergesellschaft ist dabei die These, dass durch mehr Eigenverantwortung, Selbstbestimmung und Subsidiarität Gemeinwohl befördert werde: „Eine der großen Illusionen, vor allem in der sozialdemokratischen Gesellschaftspolitik, ist die Vorstellung, ‚mehr Staat‘ sei das beste Mittel, um mehr Gerechtigkeit zu erreichen. Aber die Aufwendung oder gar Ausweitung der ‚klassischen‘ Interventionsmittel Gesetz, Gewalt und Geld kann in einer Gesellschaft, in der das Bewegen so wichtig geworden ist wie das Ordnen‘ (Alain Touraine), nicht mehr ausreichen. In Wirklichkeit führt ein immer größerer ‚Verantwortungs-Imperialismus‘ des Staates gegenüber der Gesellschaft geradewegs zur Abschaffung des Politischen.“ Die Logik vom „Weniger“, das „Mehr“ ist, ist nicht nur für sozialdemokratische Ohren gewöhnungsbedürftig. Jedenfalls wirft ein solchermaßen in das Kleid von Rationalisierungs- und Managementvokabular eingehülltes Staatsverständnis die Frage nach der Kompatibilität mit dem bundesrepublikanischen Sozialstaat und dem viel zitierten „rheinischen Kapitalismus“ auf. Und genau um diesen geht es Schröder: Der Dritte Weg, den er anpeilt, versteht sich auch als Reform der Sozialen Marktwirtschaft.

Bodo Hombach wollte schon im Wahlkampf SPD-Plakate mit dem Konterfei Ludwig Erhards kleben und wurde nicht müde zu betonen, dass es nunmehr die SPD sei, die die Verantwortung für eine Rekonstruktion der Sozialen Marktwirtschaft übernehmen wolle. Nach einer Phase relativen Schweigens in den ersten Regierungsmona-

ten tauchte der Gedanke im Zusammenhang mit dem Sparpaket wieder auf. Hinzu kommt eine weitere Eintragung ins Wörterbuch des Regierungsvokabulars: Zum aktivierenden Staat und der zivilen Bürgergesellschaft gesellt sich das „Modell Deutschland“. Darunter versteht Schröder die Modernisierung und Bewahrung der Tugenden der alten Bundesrepublik im Allgemeinen und der im Stichwort des „rheinischen Kapitalismus“ symbolisierten Sozialpartnerschaft sowie des auf korporatistischem Konsens beruhenden Gesellschaftsvertrages im Besonderen. Letzterem verleiht er aber einen ganz eigenen Akzent, wenn er etwa bei seiner Rede auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall als eine Art Zauberformel des Modells Deutschland die zentrale Vokabel der Konzeption des Dritten Weges entdeckt: „Teilhabe.“ Bei Tony Blair hieß der gleiche Gedanke „*stakeholding*“ und ging wiederum auf eine Idee von Giddens zurück, der mittels Teilhabe den sozialdemokratischen Wert der Gleichheit neu definiert.

Gleichheit als Inklusion

Gleichheit bedeutet nach Giddens nicht Gleichheit im Resultat politischer und gesellschaftlicher Prozesse, sondern Gleichheit bedeutet Inklusion, verstanden als die Befähigung zur Teilhabe. Nur dafür könne Politik verantwortlich sein – nicht für mehr und nicht für weniger. Unter Rückgriff auf die Wertetrias des Dritten Weges (*Community, Responsibility, Opportunity*) geht es also darum, den Bürger nach Bereitstellung fairer Chancen innerhalb der Gemeinschaft dazu zu befähigen, in eigener Verantwortung seine Gelegenheit und Chance zur Selbstentfaltung wahrzunehmen. Politik organisiert in einem solchen Modell die Vor-

aussetzungen und bestimmt die Rahmenbedingungen gesellschaftlicher Prozesse. „Teilhabe“ heißt zunächst die Einbeziehung der zentralen Akteure. Den Gedanken der „*stakeholding-society*“ als Gesellschaft der Anteilseigner hat Schröder aber auch wörtlich genommen, als er – assistiert durch den Wirtschaftsstaatssekretär Siegmur Mosdorf – vorschlug, die Optionen für eine größere Aktien-Beteiligung der Beschäftigten an ihren Unternehmen als Komponente eigenverantwortlicher Altersvorsorge auf die Tagesordnung des Bündnisses für Arbeit zu setzen. Schon daran wird deutlich, inwiefern die Konstruktion des Bündnisses Ausdruck wesentlicher Politikvorstellungen der neuen Regierung ist.

Kernstück der Regierungspolitik

Die Frage, ob der Bündnis-Gedanke tatsächlich originär aus dem neuen Anspruch der Regierung resultierte oder ob die Zwickel-Idee und (bei aller Unterschiedlichkeit) deren Vorläufer, die Konzertierte Aktion von 1967, nicht nachträglich in ein größeres konzeptionelles Gerüst integriert wurden, ist müßig. Schröder selbst sprach in einem *Stern*-Interview im Zusammenhang mit der Überwindung der Anfangsschwierigkeiten der Koalition davon, dass „alles, was gut geht, irgendwann zur Strategie erklärt wird“. Fest steht: Die Koalition will das Bündnis sowohl als Resultat wie als Signum der neuen Regierungspolitik verstanden wissen. Es ist deshalb keine Zusatz- oder Nebenveranstaltung der Politik der Neuen Mitte, sondern die Institution, in der das neue Staats- und Politikverständnis einen ganz konkreten Ausdruck gewinnt, weshalb beispielsweise auch Arbeitsminister Walter Riester vom „Kernstück“ sozialdemokratischer Regierungspolitik redet.

In der Informationsbroschüre zum Bündnis schreibt der Kanzler: „Dieses Bündnis versteht sich weder als Nebenorgan noch als Reparaturwerkstatt. Es muss eine Scharnierfunktion bei der Politik des Wandels übernehmen und durch strategische Allianzen neue Handlungsoptionen bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eröffnen.“ In einer solchen Zielbestimmung schimmern wieder der Dritte Weg und die Analyse Giddens' durch, der in seinem programmatischen Buch zum Dritten Weg die Sozialdemokratie ermahnt, aufgrund der zunehmenden Auflösung traditioneller Wählermilieus und Parteibindungen „neue Allianzen aus den losen Enden vielfältiger Lebensformen“ zu knüpfen. Solche Allianzen müssen also nicht notwendigerweise von einer primären Bindung etwa an die eigene Partei ausgehen, sondern sind offen für vielerlei Gruppen in unterschiedlichen Konstellationen und Problemlagen. Schröder hatte dieses Funktionsprinzip des Bündnisses schon in der Regierungserklärung unterstrichen: „Wir streben eine große gesellschaftliche Koalition an. Eine Koalition aller Kräfte, die den Wandel gestalten wollen. Wir bieten nicht nur ein Bündnis für Arbeit an, sondern ein Bündnis für die Zukunft.“

Organisieren und moderieren

Hinter diesen Sätzen, die einige der wenigen „visionären“ Stellen in der Regierungserklärung ausmachen, steht aber zugleich ein verändertes Selbstverständnis der Politik. Schröder hat dies in einer Rede für die Buchpräsentation von Giddens prägnant zusammengefasst. Danach ist es Aufgabe von Politik, „gemeinsam mit den Akteuren Problemlösungen zu entwickeln, diese in die Gesellschaft hineinzukommunizieren, damit sich die Gesellschaft über Ziele einig

wird, welche die Politik dann wiederum umsetzt“. Die Politik gibt sich bemerkenswert zurückhaltend: Sie organisiert und moderiert im Wesentlichen gesellschaftlichen Dialog.

Genau diese eher zurückhaltende Moderationsrolle hat Schröder bislang im Bündnis für Arbeit übernommen. Unabhängig von der Frage, wie „modern“ oder sogar alternativlos eine solche Rollenauffassung des Politischen ist, lässt sich nunmehr die strategische Bedeutung des Bündnisses für die Regierung näher bestimmen. Dies erfolgt durch den Blick auf die potenziell weit reichenden Konsequenzen seiner Arbeit für die Überwindung der Reformbarrieren in Deutschland, für die programmatische Ausrichtung der SPD und schließlich für den Stellenwert des Parlaments in diesem neuen Politikverständnis. Drei scheinbar widersprüchliche Thesen sollen diese unterschiedlichen Dimensionen pointiert zum Ausdruck bringen:

Instrument der Disziplinierung

Erstens: Das Bündnis für Arbeit bietet eine große Chance zur umfassenden Bearbeitung der großen sozial- und wirtschaftspolitischen Herausforderungen in der Bundesrepublik, indem es dafür zunächst zusätzliche Handlungsbarrieren aufbaut.

Der mit dem Bündnis verfolgte konsensorientierte Ansatz, wonach alle wesentlichen Akteure gleichermaßen zu beteiligen sind beziehungsweise deren Teilhabe garantiert ist, birgt gleichzeitig eine Gefahr in sich: Die Struktur des Bündnisses stützt die widerstreitenden Interessengruppen jeweils mit einer über ihre bereits vorhandene Rolle in der Gesellschaft hinausgehenden Form des institutionalisierten Veto-Rechts aus. Dieser Umstand wird noch dadurch verschärft,

dass die Problembearbeitung im Bündnis ständig auf der Ebene der Letztinstanzlichkeit stattfindet. Als negative Konsequenz aus dieser Struktur kann sich eine Situation gegenseitigen Belauerns ergeben, die sich nicht zuletzt in der periodisch artikulierten Austrittsdrohung manifestiert. Die Grenze zwischen gleichberechtigter Arbeit am Konsens und gegenseitiger Blockade ist dabei fließend. Symptomatisch erscheint in diesem Kontext die Aussage von BDI-Chef Hans-Olaf Henkel, wonach seine Beteiligung im Bündnis im Wesentlichen daher rührt, „volkswirtschaftlichen Blödsinn“ zu verhindern. Die von Schröder als Grundlage des Bündnisses unterstellte gemeinsame Problemidentifizierung ist auch mit der gemeinsamen Erklärung von BDA und DGB vom Juli 1999 (noch) nicht gegeben, da die Organisationen und Interessenvertreter im Bündnis zunächst ihrer Klientel verantwortlich sind und eben nicht dem gesamtgesellschaftlichen Anliegen – als Perspektive bleibt da höchstens „antagonistische Kooperation“, wie es Wolfgang Schroeder und Josef Esser nennen. Während die Arbeitgeberseite peinlichst genau darauf achtet, den auf ihr Drängen hin erweiterten Titel „Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit“ auszubuchstabieren, kommt insbesondere die letzte Zielrichtung den Arbeitnehmervertretern nur selten über die Lippen. Schröder hat den Anspruch, dieses gesamtgesellschaftliche Anliegen als ausgleichendes Element innerhalb des Bündnisses zu repräsentieren – als bloßer Moderator kann er ihm aber wahrscheinlich wenig eigene Dynamik verleihen. Würde er jedoch über deutliche inhaltliche Vorgaben in die Diskussionen eingreifen, könnte er ebenfalls die institutionelle Struktur des Bündnisses aus dem Gleichgewicht bringen. Diese Ambivalenz ist aus

strategischen Gesichtspunkten der Machterhaltung aber äußerst effektiv: Relevante Gruppen, die auch als mögliche Kritiker des Regierungskurses auftreten könnten, werden eingebunden und diszipliniert. Ähnliche Wirkungen hat das Bündnis auch auf die Partei des Kanzlers.

Motor zur Modernisierung

Zweitens: Das Bündnis für Arbeit kann der große Modernisierungserfolg der rot-grünen Regierung werden, indem es nahezu unausweichlich auch die SPD modernisiert. Schröder weiß, dass eine Regierung, die sich die Reformen und eine Neudefinition des sozial- und wirtschaftspolitischen Konsenses auf die Fahnen geschrieben hat, schnell im Morast der Interessenwahrnehmung und Besitzstandsverteidigung verschiedenster Interessengruppen stecken bleiben kann. Vor allen Dingen müsste er einige seiner Zielvorstellungen moderner Wirtschaftspolitik nicht nur ohne die Unterstützung, sondern offensichtlich gegen Überzeugungen seiner Partei durchsetzen, die ja noch im Wahlkampf heftig auf seine damaligen Thesen reagiert hatte. Ein solcher Kurs wäre auf Dauer äußerst kräfteaufwendend und konfliktbeladen. Wirtschaftliche Modernisierung, die sich jedoch aus dem direkten Meinungsaustausch zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern ergibt, lässt sich plausibler darstellen und effektiver umsetzen. Ohne das institutionelle Gleichgewicht zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften im Bündnis und das selbst auferlegte Enthaltensamkeitsgebot der Regierung würde zumindest der linke Flügel der SPD erwarten, dass ein SPD-Kanzler hin und wieder auch offen für die Positionen der Gewerkschaften Partei ergreift. Im *Spiegel* hatte der Kanzler diesbezüglich ausgeführt:

„Meine Erfahrung ist, dass sich die Partner noch nicht als Partner begreifen, sondern immer noch als Tarifpartner, die von mir immer ein Machtwort erwarten – und zwar jeweils das ihnen genehme Machtwort.“ Angesprochen auf seine Rolle im Bündnis, sagte er der *Woche*, dass er gedenke, diese auszubauen: „Aber jeder muss wissen, dass er nicht seine Position mit meiner Hilfe durchsetzen kann, sondern dass es ein gemeinsames Ergebnis werden muss.“ Schon spricht der niedersächsische Ministerpräsident Sigmar Gabriel davon, dass die SPD „inzwischen ein eher folkloristisches Verhältnis zur Arbeiterbewegung“ habe. In der schonungslosen Direktkonfrontation der Interessengruppen setzt der Kanzler über den Umweg des Bündnisses auch wesentliche Teile seiner Partei dem wirtschaftlichen Modernisierungs- und Anpassungsdruck aus. Claus Leggewie spricht von der „Katalysatorenfunktion bei der ‚Modernisierung‘ der Sozialdemokratie“, die das Bündnis übernehme. Diesem Zweck dient auch der im Bündnis integrierte Ansatz des politischen „Benchmarking“, der durch internationalen Vergleich die wirtschaftlich erfolgreichsten Modelle identifizieren soll und damit auf die Tagesordnung in Deutschland setzt. Würde Schröder im Alleingang von der Differenzierung des Flächentarifvertrages reden oder ständig an die wirtschaftlichen Konsequenzen der Globalisierung erinnern müssen, würde er früher oder später erhebliche Kritik aus seiner Partei auf sich ziehen. Schröders Kanzleramtschef Frank Walter Steinmeier hat diesen Zusammenhang in der *Süddeutschen Zeitung* auf den Punkt gebracht, als er schrieb, bei der Konsensuche im Bündnis gehe es „nicht um die Sehnsucht nach einer gesellschaftlichen Kuschelecke, in der man Schutz vor dem rauhen Wind des Wandels

findet“. Stattdessen gehe es darum, „sich dem Wind gemeinsam auszusetzen, um mit frischem Kopf neue Lösungen zu finden“. Das Bündnis sei mithin „Motor der gesellschaftlichen Modernisierung“ – eine Formulierung, die Schröder in seiner Berliner Parteitagrede übernahm. Der Kanzler führte weiter aus: „Modernisierung, liebe Genossinnen und Genossen, ist kein Geschwätz. Ohne Modernisierung werden wir Gerechtigkeit nicht durchsetzen können. Die Menschen in unserem Land spüren doch, dass das, was wir mithilfe der Politik gerechter gestalten wollen, zunächst produziert werden muss. Das ist der Grund, warum Sozialdemokraten das Thema ‚starke Wirtschaft‘ als Voraussetzung vernünftiger Sozialpolitik neu entdecken müssen.“ Damit ist das Bündnis für Arbeit auch und nicht zuletzt ein Motor zur Modernisierung der SPD.

Die Rolle des Parlamentes

Drittens: Die Politik der Neuen Mitte sucht neue Wege der Problemlösung, indem sie auch riskiert, die befestigten Straßen politischer Verantwortlichkeit im parlamentarischen System zu verlassen.

Schröder hat bei mehreren Gelegenheiten unter Beweis gestellt, dass er willens ist, sich in dosierter Form auch gegen die Partei zu profilieren. Die bislang konstitutive Bindung der Regierung an die Partei scheint dabei etwas in den Hintergrund zu treten. Mag man diesen Trend auch als Relativierung des oftmals kritisierten Parteienstaates begrüßen, so stellt sich doch in letzter Konsequenz die Frage, welche Rolle überhaupt noch dem Parlament und der repräsentativen Demokratie bei einer Konstellation wie dem Bündnis für Arbeit zukommt: Welche Partei oder Fraktion könnte sich denn noch

ernsthaft einer im Bündnis gefundenen Lösung entgegenstellen? Nicht nur der jetzige Vorsitzende des SPD-Ausschusses für Arbeitnehmerfragen, Ottmar Schreiner, beklagt die unbefriedigende Einbindung des Parlaments in die Arbeit des Bündnisses. Die normative Kraft des Verabredeten würde jeweils einen ganz eigenen Anspruch haben. Im *Woche*-Interview sagte Schröder, angesprochen auf die Regierungshaltung zur Rente mit Sechzig, im Dezember letzten Jahres: „Wenn die Tarifparteien das wollen und uns ein Modell vorlegen, dann werden wir die gesetzlichen Voraussetzungen schaffen. So einfach ist das.“ Die Einbettung des Bündnisses in die Politik der Neuen Mitte tritt hier als ausgeprägter Pragmatismus hervor.

Daneben kann das Bündnis aber auch zu einer Vernebelung der Verantwortlichkeitsstrukturen führen. Am Beispiel des Bündnisses lässt sich die Frage formulieren, ob der Gestaltungsanspruch von Politik sich wirklich nur noch auf die Moderationsrolle beschränken kann. Eine Reform des Gesellschaftsvertrages kann zunächst einmal nur konsensual im Einvernehmen mit allen Beteiligten erreicht werden. Die „Teilhabe“ der Verbände im Bündnis markiert aber umso deutlicher den Ausschluss insbesondere der Opposition, die nahezu völlig von dieser Art der Diskussion abgeschnitten ist. Insofern könnte die Union noch froh sein, dass sich das Bündnis bislang weitgehend in symbolischer Politik erschöpft. Je mehr sich das Bündnis auf bloß aufeinander folgende Presseerklärungen und Kommunikés beschränkt, desto lauter wird der Ruf nach einem Verlassen der Moderatorenrolle durch die Regierung werden. Konkrete Vereinbarungen könnten aber auch zu einer Marginalisierung der Opposition füh-

ren. Nichts hätte diese strategische Implikation besser illustrieren können als Schröders Wunsch, die Union durch eine konkrete Erklärung der Bündnispartner beim letzten Treffen am 10. Juli unter Druck zu setzen, der Steuerreform zuzustimmen. Ebenso bemerkenswert wie die Tatsache, dass es dieser Erklärung für die Verabschiedung im Bundesrat letztlich gar nicht bedurft hätte, ist der Umstand, dass nicht die Arbeitgeber, sondern in erster Linie die Gewerkschaften sich gegen eine solch direkte Unterstützung der Steuerreform stellten.

Regieren und Modernisieren – das ist nach den Worten Peter Mandelson, die zentrale Herausforderung, vor der Gerhard Schröder steht. Während Tony Blair zunächst die Partei strukturell und inhaltlich modernisiert habe, um dann die Regierungsverantwortung zu übernehmen, sei sein sozialdemokratischer Verwandter in Deutschland ohne den Abschluss solcher Vorarbeiten an die Hebel der Macht gelangt. Vielleicht ist aber Modernisierung auch nur als solche Doppelaufgabe aus der Regierung heraus zu bewerkstelligen. Es ist unverkennbar, dass dem Bündnis für Arbeit dabei eine besondere Rolle als „Modernisierungsmaschine“ zukommt. Die Struktur des Bündnisses gewährleistet, dass „Innovation“ und „Gerechtigkeit“ an einem Tisch sitzen, ohne dass sich die Regierung für eine der beiden Seiten entscheiden müsste. Der Erfolg des Bündnisses wäre auch der Erfolg der Regierung und des von ihr vertretenen Staats- und Politikverständnisses. Schröder hat mit der prominenten Positionierung des Bündnisses viel auf eine Karte gesetzt. Scheitert es, wäre nicht nur die Reformfähigkeit der Bundesregierung, sondern zugleich die Politik der Neuen Mitte im Kern beschädigt.